

ARBEITSGEMEINSCHAFT MITTELSTAND

WWW.ARBEITSGEMEINSCHAFT-MITTELSTAND.DE

Vorfahrt für Wachstum und Innovationskraft in Europa!

Der Krisenmodus für Politik und Wirtschaft dauert an: Betriebe, Unternehmen und Kreditinstitute in Deutschland haben die Pandemie-Krise noch lange nicht überstanden, da befinden sie sich schon mitten in einer heftigen Energie-Krise, die der russische Angriffskrieg in der Ukraine noch einmal verschärft hat. Zudem ist zu befürchten, dass die umfangreichen Lockdowns in China zu weiteren Lieferengpässen führen. Bereits im ersten Pandemiejahr hatten in einer DIHK-Umfrage mit 40 Prozent doppelt so viele Unternehmen angegeben, unter einem Rückgang von Eigenkapital und damit unter Verlusten zu leiden, wie in wirtschaftlich normalen Zeiten. Ähnliche Rückmeldungen gibt es auch aus dem Handwerk, dem Einzelhandel sowie weiteren Bereichen des Mittelstandes.

Statt des dringend erwarteten Aufschwungs ab dem Frühjahr 2022 steht die mittelständische Wirtschaft weiter vor großen Herausforderungen. Die massiven Preissteigerungen bei der Energie, aber auch die exorbitant hohen Preise bei Rohstoffen zehren an den ohnehin substanziell angegriffenen Reserven der Betriebe. Erneut müssen Unternehmerinnen und Unternehmer hohe Anstrengungen unternehmen, um den Geschäftsbetrieb am Laufen zu halten und weitere Brüche in den Lieferketten zu überwinden, die sich durch den Krieg und seine Folgen aufgetan haben.

Die deutsche Wirtschaft steht hinter den Sanktionen gegen Russland. Die mittelständischen Unternehmen sind krisenerprobt und weisen gerade aufgrund ihrer Vielfalt eine hohe Widerstandskraft und Flexibilität auf. Dennoch brauchen sie ausreichend Zeit, um sich an die neuen globalen Gegebenheiten anzupassen und ihre Geschäftstätigkeiten neu auszurichten. Denn Globalisierung und Arbeitsteilung bleiben nach wie vor unverzichtbar.

Der Mittelstand appelliert an die politische Führung der EU, den Betrieben und Unternehmen in Deutschland und seinen Partnerländern Zeit zu verschaffen, damit die Volkswirtschaften in der EU wettbewerbsfähig und stark bleiben können. Gerade in diesen international politisch herausfordernden Zeiten muss die EU ein starkes Gewicht in der Welt sein und bleiben – auch wirtschaftspolitisch. Um trotz dieser Herausforderungen an der notwendigen Transformation zur Klimaneutralität festzuhalten, raten wir gerade der Politik auf europäischer Ebene, sich noch stärker als bislang auf die wesentlichen Themen zu konzentrieren.

Jetzt muss alles getan werden, um zu stabilisieren und die Innovationskraft in den Unternehmen freizusetzen. Das geht aber nur, indem eigentlich geplante Aktivitäten neu priorisiert werden. Zusätzliche Belastungen für Betriebe, Unternehmen und Kreditinstitute wirken jetzt wie Gift und sind zunehmend schwer vermittelbar.

Zahlreiche geplante oder bereits vorgelegte Initiativen der EU, die den Mittelstand stark unter Druck setzen, gehören daher dringend auf den Prüfstand, um seine Wettbewerbsfähigkeit als Rückgrat der europäischen Wirtschaft nicht weiter zu belasten, sondern vielmehr Innovationspotenziale auszuschöpfen:

- Die Unternehmen sind fieberhaft damit beschäftigt, Rohstoffe, Vorprodukte und die notwendige Energie zu sichern. Dieses außenwirtschaftliche Engagement, das jetzt besonders auf die Probe gestellt wird, wird durch das vorgeschlagene EU-Lieferkettengesetz aufgrund seines weitreichenden Umfangs, seiner Komplexität und der damit einhergehenden Bürokratie und Rechtsunsicherheit ausgebremst. Darüber hinaus sind weitere, speziellere Rechtsakte zu Dokumentationspflichten in der Lieferkette geplant - Maßnahmen, die dem erklärten Ziel der Versailler Erklärung vom März 2022 zuwiderlaufen, das lautet: Mehr strategische Autonomie durch eine Diversifizierung der Lieferketten.
- Auch das Fit for 55-Paket bedeutet an mehreren Stellen Verteuerungen und neue Auflagen. Die geplante Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus bringt zum Beispiel gleich mehrere

Herausforderungen mit sich: eine komplexe Berechnung und Dokumentation der CO₂-Fußabdrücke, ungeklärte Effektivität in Bezug auf Carbon Leakage und die Nichtbeachtung der deutschen Exporte durch den Fortfall kostenfreier Zertifikate-Zuteilungen im ETS. Die Frage der WTO-Konformität kann sich zu globalen Handelskonflikten mit wichtigen Partnerländern, unter anderem Japan und Kanada, ausweiten, mit denen wir unsere Beziehungen in der aktuellen Lage unbedingt stärken müssten.

- Die notwendige Einführung von Klimaschutz-Differenzverträgen zur Dekarbonisierung der Grundstoffindustrie darf nicht zu einer Belastung des Mittelstands werden. Daher müssen Förderprogramme in diesem Bereich stets auch dessen spezielle Belange berücksichtigen. Diese Förderung wiederum darf auf der anderen Seite nicht durch zusätzliche Belastungen geschwächt werden.
- Betriebe und Unternehmen brauchen Handelserleichterungen – dafür sind Handelsabkommen unabdingbar. Bereits verhandelte Abkommen müssen zügig umgesetzt bzw. laufende Verhandlungen rasch abgeschlossen werden, um den Abbau von Handelshemmnissen voranzutreiben und einen verlässlichen Rahmen für resiliente Lieferketten zu bilden.
- Widerstandskraft und Wachstum erfordern Zukunftsinvestitionen. Regional ausgerichtete Banken und Sparkassen stellen die Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie Selbständiger sicher. Entlastungen sind daher auch im Bereich der Mittelstandsfinanzierung mehr denn je gefordert. Dies gilt sowohl im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmen der Realwirtschaft als auch für Banken und Sparkassen.
- Dazu gehört, dass auch die Proportionalität in der Bankenregulierung noch konsequenter umgesetzt werden sollte. Kleine und mittelgroße Institute sollten stärker als bisher vorgesehen von administrativen Lasten (z. B. Meldewesen und Offenlegung) befreit werden. Wünschenswert wäre eine Reduktion des aufsichtlichen Reportings um 50 Prozent. Zudem sollten gut kapitalisierte Kreditinstitute künftig von Stresstests befreit werden.
- Die Vorschläge zu Taxonomie und CSR-Richtlinie bringen umfangreiche Berichts- und Offenlegungspflichten mit sich und können sich auf den Zugang zu Fremdfinanzierung auswirken. Die nun vorgeschlagene Erweiterung der Non-Financial-Reporting-Richtlinie (NFRD) hat das Ziel, den Übergang hin zu einer möglichen Klimaneutralität in noch mehr Unternehmen zu beschleunigen. Das ist mit einem deutlich höheren Aufwand und steigender Komplexität für Betriebe, Unternehmen und Kreditinstitute verbunden. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen benötigen praxisorientierte Lösungen bei der Umsetzung. Weder dürfen – nicht-börsennotierte – KMU zu Nachhaltigkeitsberichterstattungen verpflichtet, noch dürfen sie in Lieferketten und aufgrund regulatorischer Vorgaben für die Unternehmensfinanzierung im Falle nicht hinreichend nachweisbarer Nachhaltigkeit diskriminiert werden.
- Auch der Kommissionsvorschlag für eine neue Ökodesign-Verordnung, der den gesamten Lebenszyklus eines Produkts umfasst, bedeutet eine deutliche

Mehrbelastung für die mittelständische Wirtschaft: Schließlich geht es sowohl um neue Produkthanforderungen im Sinne der Nachhaltigkeit als auch um die entsprechenden umfangreichen Informationspflichten für Unternehmen.

- Registrier- und Nachweispflichten wie bei der erweiterten Herstellerverantwortung etwa bei der Novelle der Chemikalienverordnung REACH fassen den regulatorischen Rahmen sehr eng. Dies wird zu großen Herausforderungen gerade auch für mittelständische Unternehmen führen.
- Der Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der Industrieemissionsrichtlinie, die die Genehmigungen von 9.000 großen Industrieanlagen allein in Deutschland betrifft, enthält deutliche Mehrbelastungen durch die Ausweitung ihres Geltungsbereichs auf weitere Unternehmen, die deutliche Verschärfung von Grenzwerten und zusätzliche Berichtspflichten. Die Genehmigungsverfahren drohen damit auch einem sehr viel zeitaufwändigeren Prüfungsaufwand zu unterliegen.
- Beim Thema Cybersicherheit (EU NIS 2.0-Richtlinie) sollen zusätzliche Verpflichtungen eingeführt und der Anwendungsbereich stark ausgeweitet werden, sodass deutlich mehr Unternehmen als bislang erfasst wären. Cybersecurity gewinnt gerade in den letzten Monaten immens an Bedeutung, zahlreiche Unternehmen bauen bereits heute umfangreiche Schutzmaßnahmen auf, die von der Politik klug flankiert werden müssen. Hierbei gilt es, den bürokratischen Aufwand im Interesse der gesamten Wirtschaft verhältnismäßig zum dringend notwendigen und angestrebten Sicherheitsgewinn auszugestalten.
- Schließlich wird das ohnehin formal überfrachtete Verbraucherrecht erneut zulasten von Betrieben verschärft. Anstatt sach- und praxisgerechter Anpassungen werden mit dem Vorschlag zur Änderung der Verbraucherrechterichtlinie 2011/83/EU weitere neue Informationspflichten beim Abschluss von Verbraucherverträgen vorgesehen.

Die Herausforderungen sind groß. Ebenso groß sind Bereitschaft und Wille der mittelständischen Wirtschaft in Deutschland, nachhaltiges Wirtschaften und die digitale Transformation nach Kräften zu befördern – europäisch wie national.

Die aktuelle Situation mit ihren extremen Belastungen für Betriebe, Unternehmen und Kreditinstitute erfordert aber auch ein angepasstes, verändertes politisches Agenda-Setting: Stabilisierung und Ermöglichung neuer Chancen und Perspektiven anstelle von neuen, zusätzlichen Pflichten, Verschärfungen und Belastungen.

Wir appellieren an die politischen Entscheider auf Ebene der Europäischen Union: Geben Sie dem Mittelstand jetzt die Luft zum Atmen, die er braucht, und setzen Sie auf praxisgerechte Regulierung. Setzen Sie neue Prioritäten! Damit geben Sie Wachstum, Innovationswillen, der Mitgestaltung einer nachhaltigen Energiewende und somit der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und in Europa Vorfahrt!